

## GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg

Liebe Freundinnen und Freunde,

Krieg ist für uns hier in Europa scheinbar weit weg. Doch Fakt ist: Kriege werden auch hier in Baden-Württemberg mitvorbereitet. So zum Beispiel in der Region rund um den Bodensee, wo Unternehmen wie Diehl oder EADS dafür Sorge tragen, dass Deutschland bei den Rüstungsexporten regelmäßig einen Spitzenplatz einnimmt.

Und auch an unseren Hochschulen wird für den Krieg geforscht. Etwa am Karlsruher KIT, wo militärische Fahrzeuge entwickelt werden oder in Stuttgart, wo an Kampfhubschraubern geforscht wird. Es ist bekannt, dass die Rüstungsindustrie nutzt die schlechte Haushaltslage der Universitäten geschickt aus und vergibt zunehmend Aufträge an öffentliche Universitäten und Forschungseinrichtungen. Was gegen diese Ungeheuerlichkeit hilft, wissen wir genau: Die Zivilklausel. Und zwar keine wischiwaschi Lösung a la freiwillige Selbstverpflichtung an den Hochschulen, wie Theresia Bauer, das vertritt, sondern gesetzlich verbindlich über eine entsprechende Klausel im Landeshochschulgesetz.

Wobei es aber unglaublich toll ist, wenn Hochschulen sich selbst mit ihren Werten auseinandersetzen und ich es bewundere, dass landauf-landab die Studierenden an den Unis selbst hinter der Forderung nach einer Zivilklausel stehen.

im Bildungsstreik war sie ein großes Thema und in Tübingen wurde sie auf Druck der Studierenden in die Grundordnung aufgenommen.

Deckmantel , Krieg und Unfrieden möglich gemacht wird.

Was uns als Grünen Jugendverband zutiefst verärgert, ist, dass es vor der Landtagswahl noch so aussah, als könne so eine Zivilklausel unter einer Grünen oder Roten Regierung umgesetzt werden. Die entsprechend Aussagen der Ministerin und des Ministerpräsidenten kenn ihr. Doch jetzt, wo es ernst wird, hat sich der Wind gedreht.

Als junge Grüne empfinde ich es auch als entmutigend dass eine Grün-Rote Landesregierung, die von einer Partei getragen wird deren Wurzeln eng mit der Friedensbewegung verbunden sind, an dieser Stelle versagt. Wir dürfen uns aber nicht entmutigen lassen.

Wir brauchen starken innerparteilichen Druck aber auch das Drängen breiter Bündnisse, damit wir gemeinsam hier das Ziel erreichen.

Um den innerparteilichen Druck kümmern wir uns und das breite Bündnis ist hier, um es vor dem Wissenschaftsministerium noch einmal klar zu machen:

Wir stellen uns gegen eine Militarisierung im Forschungsbereich und damit gegen die Militarisierung unserer Gesellschaft. Bildung und Forschung müssen der friedlichen Konfliktlösung und nicht der Konfliktbereitung dienen. Forschung für den Krieg entspricht nicht unserer Überzeugung einer nachhaltigen Wissenschaft.